

1 **Sondervotum der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum**
2 **Gesamtbericht der Enquete Kommission Wachstum, Wohlstand,**
3 **Lebensqualität**

4
5 **1. Ausgangslage**

6 Wir befinden uns in einer Zeit von multiplen Krisen: die globale Finanzkrise dauert an, Umwelt- und
7 Ressourcenverbrauch nehmen ungebremst zu, die Klimakrise spitzt sich zu, die Ungleichverteilung
8 zwischen Arm und Reich verschärft sich. Eine Krisenbekämpfung allein durch mehr Wirtschaftswachs-
9 tum ist keine Option, denn dieses geht immer mit einem steigenden Umwelt- und Ressourcenver-
10 brauch einher und löst die nationalen und globalen Verteilungskonflikte nur unzureichend.

11 Die Krisenvielfalt und die damit verbundene Wachstumsfrage war Anlass für die Bundestagsfraktio-
12 nen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD zu Beginn der 17. Wahlperiode die Einsetzung einer
13 „Wachstumsenquete“ zu fordern. Denn dies ist die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts:
14 Den Umgang mit der Natur auf eine Weise zu regeln, die ein gutes Leben für alle Menschen auf der
15 Erde ermöglicht ohne die Grundlagen unserer Zivilisation zu zerstören. Darunter fällt auch die soziale
16 Sicherheit zu gewährleisten und die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Zu-
17 sammenhalt der Gesellschaft gestärkt, eine ressourceneffiziente Wirtschaftsweise gefördert und die
18 Stabilität unserer Demokratie gestärkt wird. Ziel war es aufzuzeigen, wie eine sozial-ökologische
19 Transformation gelingen kann. Dazu gehört ein ressourcenarmes Wirtschaften und Lösungsansätze,
20 wie wir alle an der Gesellschaft und am Wohlstand teilhaben können. Wichtig war uns auch, das
21 Bruttoinlandsprodukt als Indikator für Wohlstand und Lebensqualität kritisch zu hinterfragen. Wohl-
22 standsmessung muss auch ökologische und soziale Dimensionen abbilden. Damit können die Auswir-
23 kungen von politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen in allen Dimensionen transparent
24 gemacht werden.

25 Bündnis 90/Die Grünen und die SPD haben im Herbst 2010 gemeinsam die Initiative ergriffen und
26 konnten schließlich auch die Fraktionen¹ der CDU/CSU und FDP zu einem gemeinsamen Einsetzungs-
27 antrag für eine „Enquete Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhalti-
28 gem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“² bewegen. Die
29 Einsetzung der Kommission war eine große Chance. Fraktionsübergreifend mit der Unterstützung von
30 Sachverständigen aus Wissenschaft, Unternehmen und Zivilgesellschaft sollten zukunftsweisende
31 Fragen konsensorientiert bearbeitet und dem Deutschen Bundestag Empfehlungen gegeben werden.

32 **2. Gemeinsam getragene Ergebnisse**

33 In der Analyse der zu bearbeitenden Themen wie Entkopplung von Wirtschaften und Ressourcenver-
34 brauch, Regulierung der Finanzmärkte, zukünftige Lebensstile und neue Formen der Arbeit konnten
35 wesentliche Erkenntnisse gemeinsam fraktionsübergreifend erarbeitet werden:

- 36 - Wachstum ist kein Ziel an sich, sondern nur Folge von politischem und wirtschaftlichem Han-
37 deln. Im Vordergrund stehen Lebensqualität und ökologische Nachhaltigkeit.
38 - Wir brauchen eine neue Wohlstandsmessung, die das BIP relativiert und die sozialen und
39 ökologischen Dimensionen gleichberechtigt berücksichtigt.

¹ Aufgrund der generellen Weigerung der CDU/CSU kam es zu keinem gemeinsamen Antrag mit der Fraktion DIE LINKE.

² Siehe Einsetzungsantrag der Enquete Kommission, Deutscher Bundestag Drucksache 17/3853.

- 40 - Um den sozialen und ökologischen Indikatoren Geltung im politischen Raum zu verschaffen,
41 ist eine Reform des Berichtswesens erforderlich.
- 42 - Die globalen und regionalen Umweltgrenzen müssen eingehalten werden, allen voran beim
43 Stickstoffeintrag, den Treibhausgasemissionen und bei der Biodiversität, denn hier sind die
44 Kapazitätsgrenzen bereits überschritten
- 45 - Eine absolute Reduktion des globalen Ressourcenverbrauchs ist notwendig, eine relative Ent-
46 kopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist nicht ausreichend.
- 47 - Technische Effizienzmaßnahmen alleine reichen aufgrund der vielfältigen Rückschlagseffekte
48 (Rebound) nicht aus, um den Umweltverbrauch zu senken.
- 49 - Effizienzmaßnahmen müssen durch Konsistenz- und Suffizienzmaßnahmen ergänzt werden.
50 Dafür braucht es politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen, in-
51 nerhalb deren technologische Effizienzverbesserungen erst wirksam werden können.
- 52 - Lebensstile und Konsumverhalten werden nicht nur durch eigene Präferenzen und soziale
53 Strukturen geprägt, sondern auch durch staatliche Rahmenbedingungen und das Produkthan-
54 gebot.
- 55 - Vor allem im Bereich Ernährung, Mobilität und Wohnen sind durch den Staat geeignete
56 Rahmenbedingungen zu schaffen: es müssen Hindernisse abgebaut und falsche Anreize be-
57 seitigt werden, um nachhaltigeres Verhalten zu ermöglichen.
- 58 - Genossenschaften sind wichtige Unternehmensformen, die gestärkt und gefördert werden
59 sollten.
- 60 - Die aktuellen Finanzreformen greifen zu kurz, eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte ist
61 notwendig. Dies umfasst unter anderem strengere Eigenkapitalanforderungen, eine wir-
62 kungsvollere Regulierung des Schattenbankensystems, eine Reform der Vergütungssysteme
63 und eine kompetente Europäische Bankenaufsicht.
- 64 - Finanzpolitik ist nur zukunftsfähig, wenn über den Konjunkturzyklus ausgeglichene Haushalte,
65 ein niedriger Schuldenstand sowie die Finanzierung erforderlicher öffentlicher Ausgaben
66 dauerhaft erreicht werden.

67

68 **3. Unterschiede zum Mehrheitsbericht: die rot-grünen Positionen**

69 **3.1 Die Wachstumsfrage**

70 Für die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD stand in dieser Enquete nicht die Frage nach
71 „Wachstum oder Schrumpfung“ im Vordergrund, sondern die Debatte um die Art unseres Wirtschaftens
72 und Lebens innerhalb der Grenzen unseres Planeten. In der Kommission und parallel in der ge-
73 sellschaftlichen Debatte hat sich gezeigt, dass das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes nachwievor
74 als alleiniger wesentlicher Maßstab und Indikator gewertet wird. Wachstum wird durch diese „Über-
75 höhung“ zu einer Art Fetisch. Diesem Verständnis wird vielfach mit einem Anti-Fetisch, nämlich dem
76 Ruf nach wirtschaftlicher Schrumpfung, begegnet. Doch das ist weder effektiv (da symbolisch) noch
77 konstruktiv. Es fördert lediglich den ideologischen Streit. Denn das BIP ist nur ein Ergebnis der Wert-
78 orientierung und Zielentscheidung der Gesellschaft. Entscheidet sich eine Gesellschaft zum Beispiel
79 für eine Verlagerung von bezahlten Tätigkeiten zu unbezahlten Tätigkeiten (Sorgearbeit, Ehrenamt)
80 ist gar nicht absehbar, wie sich das BIP entwickelt. Was wir benötigen, sind praktische Antworten,
81 wie wir mit weniger Ressourcen und neuen Formen der Arbeit die Teilhabe an Wohlstand und Le-
82 bensqualität für alle ermöglichen – national und global.

83 Die Ergebnisse der Enquete nach zwei Jahren Beratungszeit werden deshalb von den Bundestagsfrak-
84 tionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD in vielen Bereichen als nicht ausreichend angesehen. Dies hat
85 zu ergänzenden und alternativen Sondervoten in den einzelnen Berichtsteilen geführt, vielfach im
86 Konsens mit den Oppositionsfraktionen, auf die wir uns im Folgenden auch beziehen. Denn die Hand-
87 lungsempfehlungen des Mehrheitsberichtes verharren vielfach in den alten Lösungsmustern. Wachs-
88 tum wird immer noch als Lösungsweg für Verteilungsfragen, aber auch für ökologische Herausforde-
89 rungen gesehen. Dass uneingeschränktes Wachstum aber Teil des Problems ist, wurde nur unzurei-
90 chend erörtert. Die eigentliche Herausforderung an die Gesamt-enquete wurde nicht bearbeitet: wie
91 organisiere ich eine Wirtschaft und Gesellschaft ohne das Primat eines exponentiellen, ressourcen-
92 verbrauchenden ökonomischen Wachstums.

93 **3.2. Notwendigkeit einer Sozial-Ökologischen Transformation**

94 Der Enquetebericht zeigt in aller Deutlichkeit die vielfache Überschreitung von ökologischen und
95 auch von sozialen Grenzen auf. Ein Paradigmenwechsel ist deshalb erforderlich - unser
96 gegenwärtiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist nicht zukunftsfähig. Die Koalition geht von
97 einem graduellen Wandel innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung aus. Die Opposition spricht
98 sich weitergehend für eine sozial-ökologische Transformation³ von Marktwirtschaft und Gesellschaft
99 im Sinne eines „Pfadwechsels für einen neuen Wohlstand“ aus.

100 Bei allem politischen Handeln, aber vor allem bei der Umsetzung einer Transformation gilt: Politik,
101 die Beteiligung ermöglichen möchte, muss immer auch Sozialpolitik sein. Nur wer Zugriff auf Bildung
102 im umfassenden Sinne hat, kann seine Umwelt selbstbestimmt gestalten. Und nur wer ein existenzsi-
103 cherndes Einkommen hat und frei von Diskriminierung lebt, hat Zeit und Selbstvertrauen, um auf sein
104 Umfeld Einfluss zu nehmen. Die Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD betrach-
105 ten deshalb Sozial- und Umweltpolitik als zusammengehörend.

106

107 **3.3. Unterschiede in den Projektgruppen**

108 In den einzelnen Projektgruppen und deren Berichten kristallisierten sich für die Opposition folgende
109 Positionen heraus, die im Gegensatz zum Mehrheitsbericht stehen:

110 *PG 1 „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“⁴:*

- 111 - Wachstum per se führt nicht zu mehr Gleichheit. Ein Ende der sozialen Spaltung der Gesell-
112 schaft ist nur mit politischen Maßnahmen erreichbar - und damit primäre Gestaltungsaufga-
113 be von Politik. Die Opposition fordert deshalb eine gerechtere Verteilungs- und Steuerpolitik.
- 114 - Der demografische Wandel ist kein Sachzwang, der sozialpolitische Errungenschaften in Fra-
115 ge stellt und Ausgabekürzungen notwendig macht. Die Alterung der Gesellschaft und der
116 Rückgang der Bevölkerungszahl ist keine Bedrohung sondern weit eher eine Chance, wenn
117 man Lösungswege aus den Wachstumszwängen aufzeigt. Deshalb benötigen wir unter ande-
118 rem eine breite Finanzierungsbasis für die Sozialversicherungen, wie die Fraktionen von
119 Bündnis 90/Die Grünen und SPD dies mit der Bürgerversicherung vorschlagen.

³ Vgl. Sondervoten der Opposition zu „Sozial-Ökologischen Transformation“ im PG 3 Bericht Kapitel D 7.1.3. und zu „Große Transformation – Karl Polanyi heute“ im Kapitel D 7.1.4.

⁴ Vgl. Bericht der Opposition „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“ in Projektgruppe 1, Kapitel B.

- 120 - Eine aktive Rolle des Staates ist notwendig, um die Stärke der deutschen Unternehmen im
121 Bereich der Nachhaltigkeit weiter zu fördern und auszubauen. Nur ein Markt mit ökologi-
122 schen und sozialen „Leitplanken“ gibt Orientierung.
- 123 - Wir brauchen eine Stärkung der solidarischen Ökonomie. Hemmnisse müssen durch Politik
124 und Verwaltung beseitigt werden. Die solidarische Ökonomie vereint den Gedanken der ko-
125 operativen Wertschöpfung und die Orientierung am Gemeinwohl statt am Profit, womit sie
126 ökologische, soziale und finanzielle Tragfähigkeit miteinander in Einklang bringt.
- 127 - Wirtschaftswachstum führt nicht automatisch zu mehr guter Arbeit. Wir brauchen dringend
128 Reformen auf dem Arbeitsmarkt, die unter anderem mit einem Mindestlohn dafür sorgen,
129 dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse bald der Vergangenheit angehören und es mehr Ge-
130 schlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt gibt.
- 131 - Wir brauchen in Europa eine stärkere politische und wirtschaftliche Integration. Zu glauben,
132 alle Länder Europas würden in gleichem Maße wie Deutschland durch Exportüberschüsse
133 wachsen können, ist eine Fehleinschätzung.
- 134

135 *PG 2 „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindicators“⁵:*

136 In der Indikatorenfrage haben die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD verschiedene Auf-
137 fassungen. Daher im folgenden die Darstellung der beiden unterschiedlichen Modelle.

138 SPD: Mehrheitlich beschlossener Indikatorensatz

139 Dem materiellen Wohlstand wurden die Aspekte Soziales und Teilhabe sowie Ökologie an die Seite
140 gestellt, die insgesamt aus zehn Leitindikatoren bestehen. Materieller Wohlstand wird durch BIP,
141 Einkommensverteilung und Staatsschulden gemessen; Der Bereich Soziales und Teilhabe wird durch
142 die Messung von Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Freiheit dargestellt; Die Ökologische Di-
143 mension wird anhand des nationalen Treibhausgasausstoßes, des Stickstoffüberschusses und der
144 Artenvielfalt beschrieben. Diese Leitindikatoren werden mit sogenannte ergänzenden Warnlampen
145 im Hintergrund unterfüttert, welche nur sichtbar werden, wenn sich gravierende Änderungen erge-
146 ben.

147 Die Mehrheit der Enquete-Kommission empfiehlt dem Deutschen Bundestag damit einhergehende
148 Handlungsempfehlungen. Die wichtigsten sind:

- 149 - die zehn Leitindikatoren in geeigneter Form gesetzlich zu verankern
150 - die Indikatoren regelmäßig (beispielsweise jährlich) berechnen zu lassen
151 - die Bundesregierung soll künftig regelmäßig zu den Indikatoren ressortübergreifend Stellung
152 nehmen. Wir hätten gerne eine jährliche Stellungnahme durchgesetzt, doch dies war gegen die
153 schwarz-gelbe Mehrheit nicht durchzusetzen.
- 154 - das unübersichtliche Berichts- und Sachverständigenwesen der Bundesregierung wollten wir
155 durchforsten und auf Effektivität hin überprüfen. Dabei sollte ein oder mehrere Gremien unab-
156 hängig die Ergebnisse der Indikatoren bewerten, kommentieren und ggf. erweitern. Doch dies
157 konnten wir nicht alles durchsetzen und so kam es zu einer abgeschwächten Eventualforderung
158 ähnlichen Inhalts.
- 159 - eine Reform der amtlichen Statistik zur exakteren und aktuelleren Erfassung der Einkommens-
160 und Vermögensverteilung und der Bildungsberichterstattung, der Erstellung eines Indikators für

⁵ Vgl. Sondervotum der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum PG 2 Bericht „Wohlstandskompass“, Kapitel C 3.

161 die nationale und EU-weite Biodiversität, sowie die Verfügbarkeit von globalen Stickstoffbilanzen
162 zu verbessern.

163 Darüber hinaus sollten die Indikatoren in wirksamer Weise der Öffentlichkeit vorgestellt und zur
164 Kenntnis gegeben werden.

165

166 Position von Bündnis 90/Die Grünen: Grüner Wohlstandskompass

- 167 - Der von der Mehrheit der Enquete (CSU/CSU, FDP, SPD) vorgeschlagene „W³ -
168 Indikatorenset“ ist sowohl für die politische Kommunikation als auch zur politischen Steue-
169 rung ungeeignet. Das vorgeschlagene Indikatorenset ist weder mit Zielwerten unterlegt, noch
170 in einen institutionellen und strategischen Rahmen eingebettet.
- 171 - Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt zur Kommunikation alternativ den
172 „Grünen Wohlstandskompass“ vor, der vier Dimensionen (ökologische, sozio-ökonomische,
173 gesellschaftliche und ökonomische) abdeckt.
- 174 - Die vier Dimensionen sind jeweils mit einem Indikator unterlegt: Ökologischer Fußabdruck im
175 Verhältnis zur Biokapazität (Ökologie), 80/20 Einkommensverteilung (sozio-ökonomische Di-
176 mension), Lebenszufriedenheit (gesellschaftliche Dimension) und BIP pro Kopf (ökonomische
177 Dimension).
- 178 - Der Wohlstandskompass ist einfach, klar kommunizierbar und ermöglicht es, auf einen Blick
179 zu erkennen, wie es um Umwelt, Verteilungsgerechtigkeit und Lebensqualität steht. Durch
180 eine subjektive Umfrage zur Lebensqualität bezieht er die Bevölkerung aktiv mit ein. Unsere
181 Vision: dass nicht nur das BIP, sondern alle vier Indikatoren in den Medien regelmäßig berich-
182 tet und kommentiert werden.
- 183 - Mit der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bestehen schon mit Zielwerten hinterlegte Indi-
184 katoren, diese sollten für die politische Steuerung verstärkt genutzt, regelmäßig überprüft
185 und fortentwickelt werden.
- 186

187 *PG 3 „Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der*
188 *Entkopplung“⁶:*

- 189 - Die ökologischen Grenzen definieren die Grenzen unseres Handelns und Lebens; sie sind
190 nicht verschiebbar und politisch nicht verhandelbar. Unsere Gesellschaft kann nur
191 (über)leben, wenn sie die natürlichen Tragfähigkeitsgrenzen der Erde einhält.
- 192 - Zur Vermeidung von Reboundeffekten braucht es politische Entscheidungen mit systemi-
193 scher Wirkung, - also vor allem die die Festlegung von Obergrenzen für den Verbrauch von
194 Ressourcen oder den Ausstoß von Schadstoffen, die, Streichung von ökologisch schädlichen
195 Subventionen und die Besteuerung des Ressourcenverbrauchs einschließen.
- 196 - Ein Ende des Ressourcenbooms ist nicht in Sicht. Die nachholende Entwicklung des globalen
197 Südens wird zu einer Verschärfung des Konfliktes um schwindende Ressourcen führen. Wol-
198 len wir jedoch das 2 Grad Ziel einhalten, müssen aber vor allem die fossilen Rohstoffe im Bo-
199 den belassen werden, die Energieversorgung über erneuerbare Energien erreicht und die
200 Ressourceneffizienz erheblich verbessert werden.

⁶ Vgl. Sondervoten der Opposition vor allem zu „Sozial-Ökologischen Transformation“ im PG 3 Bericht Kapitel D 7.1.3. und zu „Handlungsempfehlungen“ mit über 50 Einzelmaßnahmen, Kapitel D 7.2.5.

- 201 - Internationale Abkommen - vor allem im Bereich der Klimapolitik - sind nach wie vor not-
202 wendig und wichtig. Sie sind aber nicht die alleinige Voraussetzung zur Lösung von globalen
203 Allmende Problemen. Eine effektive Politik der Entkopplung ist eine Mehrebenenpolitik auf
204 internationaler, europäischer, nationaler und regionaler Ebene.⁷
- 205 - Um eine sozial-ökologische Transformation umzusetzen, gibt es schon heute viele konkrete
206 Handlungsmaßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene. Sie reichen von der Einfüh-
207 rung eines Klimaschutzgesetzes in Deutschland, über ein Frackingmoratorium hin zur Einbe-
208 ziehung einer Entkopplungs- und Reduktionsstrategie in die Außenpolitik der Europäischen
209 Union.
- 210 - Deutschland und die Europäische Union müssen eine aktive Vorreiterrolle einnehmen. Diese
211 bezieht sich nicht nur auf eine kluge Diplomatie (zum Beispiel durch eine Klimapolitik der un-
212 terschiedlichen Geschwindigkeiten und die Bildung internationaler Klimaallianzen), sondern
213 auch durch eine programmatische Vorreiterrolle. Letztere bedeutet, dass Deutschland den
214 Wandel im eigenen Land vorantreibt und möglich macht.
- 215

216 *PG 4: „Nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik“⁸*

- 217 - Die Finanzmärkte müssen wieder der Realwirtschaft dienen. Drei Elemente sind entschei-
218 dend: 1. Eine deutliche Anhebung des Eigenkapitals (leverage ratio), 2. die Einführung eines
219 Trennbankensystems und 3. darauf aufbauend ein Restrukturierungsregime, das eine Ab-
220 wicklung von Banken zulässt.
- 221 - Weitere Maßnahmen zur Eindämmung des Finanzmarktes und Vermeidung von Vermögens-
222 preisblasen sind die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Unterbindung von Speku-
223 lationen im Bereich der Rohstoff- und Nahrungsmittel und die Überprüfung und Abschaffung
224 komplexer Finanzprodukte mit nicht eindeutig definiertem Bezug zum Realgeschäft bzw. feh-
225 lender Eigenkapitalunterlegung (Vermeidung von „to-complex-to-control“).
- 226 - Eine zukunftsfähige Finanzpolitik ist sozial gerecht und stellt ausreichend Finanzierungsmittel
227 für Zukunftsinvestitionen bereit. Dazu bedarf es einer Stärkung der Einnahmen, einer Um-
228 strukturierung von Ausgaben und einem Abbau von umweltschädlichen Subventionen.
- 229 - Ordnungspolitik für Nachhaltigkeit hat die Aufgabe den Rahmen zu setzen, innerhalb dessen
230 ein Marktgeschehen stattfindet, das sozial gerecht und ökologisch verträglich ist. Umwelt-
231 und sozialschädliches Wirtschaften beeinträchtigt die Gesellschaft und am Ende auch die
232 Volkswirtschaft.
- 233 - Der Emissionshandel⁹ ist unverzichtbar, aber nicht das einzige effiziente Instrument zur Min-
234 derung der Treibhausgasemissionen. Gerade angesichts der existenziellen Bedrohung des
235 Klimawandels ist eine Pluralität des Instrumentariums im Sinne eines Multi-Impuls Ansatzes
236 notwendig.

⁷ Vgl. Sondervotum der Opposition „Globale Probleme – globale Regulierung“ im PG 3 Bericht Kapitel D 7.1.2.

⁸ Vgl. Sondervoten der Opposition in den einzelnen Berichtsteilen: im Finanzmarkt Bericht zu „Weitergehende antizyklische und makroprudenzielle Instrumente“ in Kapitel E 2.3.2, zu „Weitergehende Maßnahmen für mehr Transparenz und Kontrolle“ in Kapitel E 2.3.4 und zu „Weitergehende Maßnahmen zur Regulierung der Vergütungssysteme“ in Kapitel E 2.3.5; im Bereich Finanzpolitik Bericht zu „Wege einer zukünftigen Finanzpolitik – weitere Maßnahmen und Fazit“, Kapitel E 3.5 und Kapitel E 3.6., Oppositionsbericht zu Ordnungspolitik im Kapitel E.

⁹ Vgl. Sondervotum der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Eine Reform des Emissionshandels ist unverzichtbar“, PG 3 Bericht Kapitel D 7.2.2 und Sondervotum der Opposition zu „Handlungsempfehlungen“, PG 3 Bericht Kapitel D 7.2.5.

237 PG 5: „Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile“¹⁰

- 238 - Wir benötigen eine ideologiefreie Diskussion um eine „Politik der Ermöglichung“. Diese un-
239 terstützt den Wandel der Lebensstile und schafft Freiräume und Experimentierräume, um
240 Ideen entwickeln zu können und soziale und kulturelle Innovationen umzusetzen.
- 241 - Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD regen eine Debatte um neue Lebensar-
242beitszeitmodelle wie der kleinen Vollzeit an. Außerdem verfolgen wir weiter das Ziel der Gu-
243ten Arbeit und fordern einen geschlechtergerechten Arbeitsmarkt und die Einführung eines
244 Mindestlohnes.
- 245 - Wie die Biodiversität zu schützen ist, so ist auch eine „Soziodiversität“, also die Vielfalt sozia-
246ler Lebensformen, ein Wert an sich und stabilisiert das Gesellschaftssystem. Um nachhaltige
247 Lebensstile zu ermöglichen und Freiräume zu schaffen, regt die Fraktion von Bündnis 90/Die
248 Grünen eine Debatte um neue Formen der sozialen Grundsicherung an. Dazu gehört auch
249 eine Fortsetzung der Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen.
- 250 - Bildung ist Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bildung ist nicht aus-
251 schließlich die Vermittlung von Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt und zur Aufrechterhaltung
252 der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.
- 253 - Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Arbeit umfasst auch Sorgearbeit, Eigenarbeit und ehren-
254amtliche Tätigkeiten. Um das Ganze der Arbeit in den Blick zu nehmen, brauchen wir eine ge-
255schlechtergerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit und verstärkt Arbeitszeitmodel-
256le, die mehr Zeitsouveränität schaffen.

257

258 **3.4. Was in der Enquete nicht bearbeitet wurde**

259 Die Enquete Kommission hatte einen breiten Auftrag, der angesichts der Kürze der Enquete-Laufzeit
260 von etwas über zwei Jahren eine große Herausforderung darstellte. Eine der Kernfragen des Einset-
261zungsauftrages blieb unbeantwortet: die Frage nach Wachstumszwängen und Wachstumstreibern.
262 Wir befinden uns immer noch in einem ungelösten Wachstumsdilemma. Sinkt das Wirtschaftswach-
263stum sinken die Verteilungsspielräume, mehr Menschen sind von Arbeitslosigkeit bedroht, den Sozial-
264versicherungen brechen Einnahmen weg. Wächst die Wirtschaft, steigt damit auch der Ressourcen-
265verbrauch und die ökologische Krise spitzt sich zu. Eine Lösung dieses Dilemmas wird ansatzweise
266 beschrieben, verdient jedoch eine deutlich weitergehende Untersuchung. Dies ist ein Auftrag nicht
267 nur an die Wirtschaftswissenschaften, sondern an alle Disziplinen: ein Wirtschafts- und Gesell-
268schaftsmodell zu entwickeln, dass ohne Aufzehren unserer natürlichen Grundlagen ein selbstbe-
269 stimmtes Leben für alle Menschen auf der Erde ermöglicht.

270 Die Themen globale Gerechtigkeit sowie Geschlechtergerechtigkeit wurden nur am Rande beleuch-
271tet. Alternative Entwicklungsansätze aus Lateinamerika wie „Buen Vivir – Recht auf gutes Leben“
272 oder auch das in Bhutan erhobene Bruttosozialglück wurden nicht stärker in den Blick genommen.
273 Auch die Frage von rechtem Zugang zu Ressourcen für alle Menschen wurde ignoriert. Eine kriti-
274sche inhaltliche Auseinandersetzung mit feministischen Theorieansätzen und ein Gendermainstream-
275ing aller Bereiche des Berichtes hat nicht stattgefunden. Ein weiterer Schwachpunkt in der Arbeit
276 der Enquete Kommission war die nur unzureichende Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteu-
277ren. Anhörungen wurden fast ausschließlich mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft
278 oder aus großen Verbänden durchgeführt. Der Diskurs wurde darüber hinaus sehr einseitig aus einer
279 wirtschaftswissenschaftlichen Sicht geführt und vernachlässigte interdisziplinäre Zugänge. Gerade

¹⁰ Zum Bildungsbereich vgl. Oppositionsbericht der PG 1, Kapitel B 4.2.2

280 auf zivilgesellschaftlicher Ebene gibt es aber eine Vielzahl von Bewegungen und konkreten Projekten,
281 die eine Abhängigkeit vom Wachstum überwinden.

282

283

284 **4. Weiterführung der Debatte aus der Enquete**

285 Die aktuelle Krise in einigen europäischen Ländern zeigt eindrucksvoll, dass Zeiten des Nichtwachs-
286 tums heute eine gesellschaftliche Katastrophe darstellen. Das ist einer der systemimmanenten Grün-
287 de, warum wir die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum analysieren und Alternativen aufzeigen
288 müssen. Den eindrücklichsten Grund liefert jedoch der Zustand unseres Planeten Erde, denn eine
289 intakte Umwelt mag für viele nicht Alles bedeuten – aber ohne sie ist doch alles Nichts. Denn längst
290 geht es nicht mehr nur darum, der Natur ihren Raum zu lassen und die Schönheit der Erde zu bewah-
291 ren. Die Auswirkungen des Menschen auf die Systeme unseres Planeten hat längst eine Dimension
292 angenommen (Stichwort „Anthropozän“), in der die Lebensgrundlagen unserer Zivilisation in ernste
293 Gefahr geraten.

294

295 Die Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD haben mit der Enquete Kommission
296 das Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ erstmals im Parlament verankert. Die Arbeit der
297 Enquete Kommission ist damit jedoch nicht abgeschlossen. In einem ersten Schritt werden sich die
298 Fraktionen dafür einsetzen, dass die erzielten Ergebnisse und Vorschläge der Enquete Kommission in
299 der kommenden Legislaturperiode in konkrete Gesetzgebung umgesetzt werden. Weiterhin besteht
300 in vielen Bereichen erheblicher Forschungsbedarf, der in den einzelnen Berichtsteilen herausgearbei-
301 tet wurde.¹¹ Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD werden sich für die Übernahme der
302 Fragestellungen in die Forschungsprogramme des Bundes einsetzen. Auch da noch viele Fragen hin-
303 sichtlich der Zielsetzung der Enquete nicht abschließend behandelt werden konnten und ein wesent-
304 liches Ziel – Lösungen aufzuzeigen für ein Leben und Wirtschaften innerhalb der ökologischen Gren-
305 zen – noch nicht erreicht wurde, müssen sie im Parlament in geeigneter Form dauerhaft weiterdis-
306 kutiert und weiterentwickelt werden.

307

308 Neben der parlamentarischen Verantwortung wollen die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und
309 SPD die zivilgesellschaftliche, außerparlamentarische, Debatte intensiver fördern und begleiten.

310 Denn schon jetzt gibt es viele Bürgerinnen und Bürger, die durch ihren Lebensstil vielversprechende
311 Ansätze eines Wohlstands jenseits des Wachstumszwangs aufzeigen. Sozial-ökologischer Wandel ist
312 eine kulturelle Leistung, die Politik ermöglichen muss. Deshalb setzen sich beide Fraktionen für einen
313 weiterführenden breiten Dialog mit Akteuren der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Wirt-
314 schaft ein – auch auf europäischer und globaler Ebene. Denn das Gelingen der sozial-ökologischen
315 Transformation erfordert eine erheblich stärkere Verschränkung von Politik und Gesellschaft.

¹¹ Vgl. vor allem Forschungsbedarf im Bericht der PG 5 bezüglich Arbeit, Konsum und Lebensstile und Nachhaltig-
keit in Kapitel F 4.6, im Bericht der PG 3 in Kapitel D 7.3. und ausführlich im Sondervotum der Opposition
„Weitergehender Forschungsbedarf“ in Kapitel D 7.3.